



Heute Griechenland, morgen wir

Ziel des neoliberalen Projekts ist es, die «Dritte Welt» in die Erste zu tragen und ein globales Feudalsystem zu errichten. Überschuldete Haushalte sind kein Zufall. Sie entsprechen der Logik des Systems und werden inszeniert. Denn nicht solvente, sondern zahlungsunfähige Schuldner verhalten sich gefügig gegenüber den Wünschen machthungriger Gläubiger. Griechenland war erst der Anfang. Was heute dort geschieht, kann morgen auch bei uns geschehen. ■ *Roland Rottenfuß*

Nun hat es also auch eine «klassische» europäische Nation getroffen. Und weder die Schweiz noch die reichen EU-Staaten sollten sich der Illusion hingeben, sie würden für immer von einer Situation wie in Griechenland verschont bleiben. Griechenland ist ein Bild dessen, was ihnen in der Zukunft widerfahren könnte. Staatsbankrotte sind die natürliche Folge einer Entwicklung, die in der Natur des Zinssystems angelegt ist. «Wir haben versucht, auf der Schussfahrt zu wenden», sang Herbert Grönemeyer über den Krebstod seiner Frau. Der Zins ist der Krebs des Finanzsystems. Alle Anstrengungen, die Staatsverschuldung abzubauen oder auch nur zu stoppen, scheitern nicht nur an der exponentiellen Schuldenentwicklung in einem Kreditgeldsystem, sondern auch an der Böswilligkeit der Profiteure und an der Schwäche der Volksvertreter, die sich ihnen ausgeliefert haben.

Verschuldung verleiht dem Geld – und damit seinen Besitzern – eine überproportionale Bedeutung, die für das Gleichgewicht der Kräfte innerhalb einer Gesellschaft töd-

lich ist. Wer in einer Situation, wo Geld überall fehlt, über Liquidität verfügt, bestimmt die Gesetze des Handelns. Er kann dem Bittsteller – also uns allen – seine Bedingungen aufzwingen. Wie man am Beispiel der Dritten Welt und jetzt am Beispiel Griechenlands gesehen hat, läuft es immer auf das Gleiche hinaus: «Wir retten euch, aber nur unter ganz bestimmten Bedingungen: Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau.» Und niemand sollte meinen, die Mächtigen würden aus Mitleid davor zurückschrecken, uns, die «europäischen Kulturnationen», platt zu machen. Raubtiere kennen vielleicht eine Beisshemmung, der so genannte Raubtierkapitalismus nicht.

Hungern für den Schuldendienst

Afrika hat längst erlebt, was den europäischen Ländern blühen könnte. Der 1999 verstorbene Präsident von Tansania, Julius Nyerere, sagte: «Müssen wir weiter unsere Kinder verhungern lassen, nur damit wir unsere Schulden zurückzahlen können?» (Quelle: Jean Ziegler, «Die neuen

Wer in einer Situation, wo Geld überall fehlt, über Liquidität verfügt, bestimmt die Gesetze des Handelns. Er kann dem Bittsteller seine Bedingungen aufzwingen.

Herrscher der Welt».) Genau das ist es aber, was die Gläubiger der ärmsten Länder bis heute von diesen verlangen. Speerspitze der neuen globalen Feudalherren ist der Internationale Währungsfond (IWF), der jetzt in Griechenland einspringen soll.

Schauen wir uns an, welche Forderungen die EU jetzt gegenüber Griechenland erhoben hat. Immer geht es um tiefe Einschnitte ins soziale Netz und bei den Gehältern von Staatsangestellten. Der deutsche Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen sagte nach einem Treffen der EU-Finanzminister, Griechenland müsse sich an dem messen lassen, was den ebenfalls hoch verschuldeten Ländern Lettland und Irland schon abverlangt wurde. So senkten Iren die Gehälter im Öffentlichen Dienst um 15 Prozent. Die Erpressung Irlands durch die EU spielte auch eine wesentliche Rolle, als die Mehrheit der Iren im zweiten Referendum den Vertrag von Lissabon annahm. Mehr Hilfe für das finanziell klamme Irland gab es nur gegen Fügsamkeit gegenüber den Forderungen der Mehrheits-Europäer. Auch die Demokratie nahm auf diese Weise Schaden – ein Präzedenzfall, der den neoliberalen Scharfmachern Lust auf noch mehr Demokratieabbau machen könnte.

Geldknappheit als «strategischer Hebel»

Der Generalstreik der Griechen gegen die Sozialkürzungen war sicher eine eindrucksvolle Demonstration von Widerstand. Dennoch wird der Streik im Ergebnis wohl nichts bewirken können. Ministerpräsident Papandreou sagte schlicht, er habe für die Forderungen Verständnis, es gebe aber nun mal «kein Geld». Man sieht, dass Geldknappheit der Dreh- und Angelpunkt ist, wenn es darum geht, den Volkswillen zu brechen. Selbst wenn eine überwältigende Mehrheit gegen Sozialabbau ist, kann man nur das Geld ausgeben, das man hat. Die Tatsache, dass monströse Milliardenvermögen in den Händen der reichsten zehn Prozent gebunkert sind, wird natürlich verschwiegen, wenn man die «Alternativlosigkeit von Reformen» unterstreichen will.

Was den Griechen blühen könnte, sollten sie dem «Druck der Strasse» nachgeben, machte die Ratingagentur S&P deutlich. Sie drohte, bei einem Scheitern des radikalen Sparpro-

gramms die Kreditwürdigkeit des Landes noch niedriger einzustufen. Das könnte bedeuten, dass Griechenland entweder gar keine Kredite mehr bekommt oder noch höhere Zinsen zahlen muss. Anders ausgedrückt: Wem es schlecht geht, der wird, statt Hilfe zu bekommen, noch weiter geschöpft. Der Vorfall zeigt auch: Institutionen ohne demokratische Legitimation – etwa dubiose «Ratingagenturen», IWF oder Weltbank – üben zunehmend Macht aus über demokratisch gewählte.

Das neoliberale Projekt steht vor dem Ziel

Um es noch mal ganz deutlich zu sagen: Die Überschuldung der Staaten ist nicht die Folge eines «Versagens» der Politik und der internationalen Finanzwelt. Vielmehr haben bestimmte globale Mächte nie etwas anderes beabsichtigt als die Verwandlung selbstbewusster Völker in demütige «Working-Poor»-Gesellschaften, die ihrer fortschreitenden Entrechtung mit einem resignierten «Hauptsache, ich habe Arbeit» zunicken. Statt von «Versagen» zu sprechen, müsste man sagen: Das neoliberale Projekt aus den frühen 80er Jahren war ein voller Erfolg. Sein Ziel war es von Anfang an, die Dritte Welt in die Erste zu tragen. Endziel ist die Schaffung eines globalen Feudalsystems – die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, finanzielle Privilegierung einer mächtigen Minderheit, die Absicherung der Beute durch einen autoritären Überwachungsstaat.

Es sind diesbezüglich immer noch zu viele Illusionen im Umlauf – z.B. die Annahme, auf eine Phase neoliberaler Finsternis müsse naturgemäss ein neuer Morgen der Gerechtigkeit folgen. Ein solcher Aufbruch zum Besseren ist nicht ausgeschlossen. Aber diese Wende ist nicht leicht zu vollziehen. Die Exponentialkurve lässt uns ahnen, dass wir auf eine Eskalation zusteuern. Der Kapitalismus (vor allem das Zinssystem) funktioniert nicht wie die sanften Zyklen der Natur – eher nach dem Prinzip zyklischer Totalzusammenbrüche.

Die «Schock-Strategie» wirkt

Katastrophen beinhalten jedoch – wie wir bei Naomi Klein nachlesen können – nicht unbedingt die Hoffnung, dass ►

Geldknappheit ist der Dreh- und Angelpunkt, wenn es darum geht, den Volkswillen zu brechen.

die herrschende Kaste aus Scham über ihr Versagen von der Macht zurücktritt. Vielmehr bieten gerade Zusammenbrüche den Mächtigen eine perfekte Gelegenheit, noch perfidere Systeme der Unterdrückung und der Ausbeutung zu installieren. In ihrem Buch «Die Schock-Strategie» schreibt Naomi Klein: «Krisen sind in gewisser Weise demokratiefreie Zonen – Unterbrechungen der normalen Politik, wenn die Notwendigkeit für Einverständnis und Einvernehmen anscheinend suspendiert ist.» Deshalb ist es aus Sicht des neoliberalen Projekts auch wichtig, den Menschen über ihre medialen Sprachrohre einzubläuen: «Dies ist eine Ausnahmesituation, in der aussergewöhnliche Massnahmen notwendig sind.»

Schluss mit unbegrenzten Zinszahlungen!

Die wichtigste Massnahme, die zu ergreifen wäre, betrifft die Staatsverschuldung. Wir müssen uns von der Schuldentilgungslüge verabschieden, ebenso wie wir uns von der Vollbeschäftigungslüge trennen müssen. Die Staatsschulden in der gegenwärtigen Höhe können nicht mehr zurückgezahlt werden. Die Forderung, die Steuerzahler sollten geliehenes Geld an Privat-Gläubiger zurückzahlen, ist legitim; die Forderung, über Generationen ein Vielfaches an Zins und Zinseszins zu berappen, bis uns die Luft zum Atmen ausgeht, ist allerdings nicht nur illusorisch, sie ist auch ethisch verwerflich. Wir brauchen endlich ein Insolvenzverfahren

für den Staat, einen geordneten Zahlungsstopp nach dem Grundsatz: Schuldentilgung ja, Zinszahlung nein!

Natürlich erfolgten die Vereinbarungen mit Gläubigern über Tilgung und Zins nach geltendem Recht. Wir müssen aber bedenken, dass der Punkt, an dem Schulden nicht mehr rückzahlbar sind, ohnehin kommen wird. Die Frage ist nur: Wann wagen wir es, den notwendigen Zahlungsstopp durchzusetzen? Tun wir es, solange es uns noch leidlich gut geht, oder warten wir ab, bis alle Gebote der Menschlichkeit gebrochen worden sind? Nehmen wir also aus Angst, Tilgungsvereinbarungen zu verletzen, eine breite Verelendung und massive Verletzungen der Menschenwürde in Kauf?

Die inszenierte Schuldenfalle

Eskalierende Staatsverschuldung ist der «strategische Hebel» (Albrecht Müller) des neoliberalen Projekts. Die Handlungsunfähigkeit der Staaten wiederum beruht auf einem andauernden finanziellen Aderlass. Auf diese Weise kommen wir nie aus der «Schuldenfalle» heraus. Scheint irgendwo am Horizont Erleichterung in Sicht zu sein, «zwingt» eine noch grössere Krise den Staat zu immer unverantwortlicheren Anleihen bei unserer Zukunft. Dauerhaft überschuldete Völker erfüllen den Traum vieler Gläubiger von einer unversiegbaren sprudelnden Geldquelle – und von wachsender Macht über die Schicksale dieser Völker. Nicht der solvente Schuldner

> Griechenland: «Hilfe» aus der Mogelpackung

Kurz vor Redaktionsschluss haben sich die Finanzminister der Euro-Zone doch noch zu einem Hilfspaket über 30 Milliarden Euro geeinigt. Dass es sich dabei um eine Mogelpackung allein zur kurzfristigen Beruhigung der Finanzmärkte handelt, ist an verschiedenen Merkmalen erkennbar:

- Die 30 Milliarden genügen nicht. Noch am Abend der Einigung am 11. April bezifferte ein Vertreter des griechischen Finanzministeriums den Bedarf auf «deutlich über 40 Milliarden», und auch das ist vermutlich, wie in solchen Fällen üblich, untertrieben.
- Die Zinsen sind zu hoch. Zwar liegen sie mit

fünf Prozent deutlich unter den Marktzinsen, die Griechenland mit seinem Rating bezahlen müsste. Aber sie liegen deutlich über denen, die die Pleitestaaten Lettland, Ungarn und Rumänien für ihre Kredite von der EU bezahlen müssen, und sie kosten mehr als die Hälfte dessen, was das griechische Sparprogramm einbringt.

- Die Europäische Zentralbank akzeptiert entgegen ihren bisherigen Kriterien auch Staatspapiere mit einem Rating von BBB- als Sicherheit, und das über 2010 hinaus.
- Fragen wirft auch die Tatsache auf, dass die EU die Nicht-Euro-Länder Lettland, Un-

garn und Rumänien mit zinsgünstigen Darlehen vor der Pleite bewahrt, die, gemessen an der Wirtschaftsleistung, weit über dem Paket für Griechenland liegen. Würde man Griechenland im entsprechenden Verhältnis unterstützen, müssten es 150 Milliarden Euro sein.

Fazit: In der Griechenland-Krise stehen wir immer noch in der Phase, in der man die wahren Verhältnisse und Absichten zu vertuschen versucht. Der dicke Hauptteil und das ganz dicke Ende stehen uns noch bevor.

GH

ist für solche Gläubiger rentabel, sondern der hoffnungslos überschuldete.

Die US-Investmentbank Goldman Sachs hat Griechenland offenbar dabei geholfen, das wahre Ausmass seiner Verschuldung mit Finanztricks zu verschleiern. Europäische Regierungen (und Mainstream-Medien) geben sich nun empört über diesen «Betrug». Kritische Autoren wie Simon Johnson und Albrecht Müller hegen allerdings Zweifel, ob Europa an den Vorfällen unschuldig war. «Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass die Verantwortlichen bei der Europäischen Kommission, bei den einzelnen Ländern und bei der Europäischen Zentralbank EZB nicht um den Zustand wussten.» (Müller) Was bedeutet es aber, wenn Zentralbank und europäische Regierungen Griechenland in die Falle laufen liessen, um sich dann hinterher lauthals zu beschweren und auf strenge Sozialkürzungen zu pochen?

Die Griechen sparen, Banker verdienen

Bestimmt verdienen einige Bankhäuser massiv an der Griechenlandkrise. Laut «New York Times» schliessen

internationale Finanzhäuser derzeit Wetten auf eine griechische Staatspleite ab. «Spiegel online» schrieb dazu Ende Februar: «Das hoch verschuldete Land im Süden Europas droht laut New York Times durch einen massiven Angriff von Spekulanten in den Ruin getrieben zu werden. Im Fall einer Staatspleite würden diejenigen profitieren, die Versicherungen auf Kreditausfälle abgeschlossen hätten. «Es ist, als kaufe man eine Feuerschutzversicherung für das Haus des Nachbarn. Sie schaffen einen Anreiz, das Haus abzubrennen», interpretiert der Banker Philip Gisdakis den Vorgang.

Wie in Max Frischs Stück «Biedermann und die Brandstifter» scheinen die biederen europäischen Völker jedoch wild entschlossen, die Zündler, die sich in ihrem Haus breit gemacht haben, für anständige Leute zu halten – selbst dann noch, wenn diese zu verstehen geben: «Ja, wir sind Brandstifter». Es fragt sich, wann wir den Mut haben werden, die Brandstifter nicht nur als solche zu benennen, sondern ihnen endlich auch die Brandfackeln zu entreissen.

If you think you are too small to make a difference,
try to sleep in a closed room with a mosquito...

